



Photo © Federico PARRA/AFP

19. August 2024

Venezuela verabschiedet „Anti-NGO-Gesetz“, das Bemühungen zur Unterstützung von Opfern und zum Schutz der Menschenrechte bestraft

Die venezolanische Nationalversammlung hat das „Gesetz zur Kontrolle, Regulierung, Tätigkeit und Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen und verwandten Organisationen“, bekannt als „Anti-NGO-Gesetz“, verabschiedet. Damit setzt sie ihre Anstrengungen fort, Menschenrechts- und zivilgesellschaftliche Organisationen im Land zu unterdrücken. Als Reaktion darauf, erklärte Ana Piquer, Amerika-Direktorin von Amnesty International: „Das ‚Anti-NGO-Gesetz‘ verletzt, neben anderen Rechten, eklatant die Vereinigungsfreiheit und das Recht, an öffentlichen Angelegenheiten teilzuhaben. Die Regierung von Nicolás Maduro geht weiter hart gegen diejenigen vor, die in Venezuela für die Menschenrechte kämpfen.“

„ Dieses Gesetz gefährdet die Existenz und das Funktionieren der Zivilgesellschaft und von humanitären und Menschenrechtsorganisationen durch seine ambivalenten Paragrafen, die dazu genutzt werden könnten, übermäßig harte Strafen zu verhängen und sogar Organisationen willkürlich und massenhaft zu verbieten.

- Ana Piquer, Amerika-Direktorin von Amnesty International.

Wie andere Gesetze, die darauf abzielen, den zivilgesellschaftlichen Raum zu unterdrücken, fügt sich dieses Gesetz nahtlos in eine Repressionspolitik der venezolanischen Behörden ein, die darauf abzielt, diejenigen zum Schweigen zu bringen, die seit Jahren die systematischen außergerichtlichen Hinrichtungen, erzwungenes Verschwindenlassen, willkürliche Inhaf-

tierungen und Folter durch die Regierung anprangern. Dies sind dieselben Stimmen, die heute mehr denn je eine entscheidende Rolle bei der Dokumentation der anhaltenden internationalen Verbrechen im Land spielen.“

„In der aktuellen Krise nach den Wahlen haben Menschenrechtsorganisationen den Aufschrei gegen Dutzende von Tötungen und Tausende von willkürlichen Verhaftungen von Demonstrant*innen und Aktivist*innen angeführt, die der Regierung von Nicolás Maduro kritisch gegenüberstehen. Diese Organisationen haben weiterhin humanitäre Hilfe und Unterstützung der Gemeinschaft in besonders gefährdeten Gebieten geleistet.

”

Die Verabschiedung dieses Gesetzes soll verhindern, dass die venezolanische Zivilgesellschaft weiterhin an der Seite der Opfer steht und ihnen Hilfe leistet, die die Behörden nicht leisten können. Es soll diese Organisationen davon abhalten, die komplexe humanitäre Krise, die das Land erfasst, sowie die möglichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von Nicolás Maduros Regierung verübt werden, anzuprangern.

Dieses Gesetz ist ein weiterer Punkt auf der Liste der Instrumente politischer Verfolgung, gegen die der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs bereits ermittelt.“

- Ana Piquer, Amerika-Direktorin bei Amnesty International.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe - verbindlich ist das Original:
<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/08/venezuela-aprobacion-ley-anti-ong-castiga-asistencia-victimas-defensa-derechos-humanos/>.